IPG

INTERVIEWS 27.01.2020

Geld spielt keine Rolex

Während sich in Davos die Superreichen treffen, steigt die globale Ungleichheit. Warum Frauen besonders betroffen sind, erklärt Ellen Ehmke von Oxfam.

Das Interview führte Nikolaos Gavalakis.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos treffen sich die Reichen und Mächtigen und diskutieren die Probleme der Welt. Ist das Format nicht völlig aus der Zeit gefallen und bietet darüber hinaus den Teilnehmern eine Plattform für Greenwashing?

War dies jemals das richtige Format? Wenn sich in Davos die Reichen und Mächtigen versammeln, sind finanzielle und politische Macht geballt an einem Ort. Aber es ist sicher kein Treffen, in dem mit Legitimität über globale Probleme entschieden werden sollte. Wessen drängendste Probleme werden denn dort diskutiert? Was wird als Lösung vorgeschlagen?

Im letzten Jahr erregte die Rede des niederländischen Historikers Rutger Bregman Aufsehen, in der er deutlich machte, dass eine offensichtliche Lösung darin bestünde, dass die in Davos versammelten Konzerne und Superreichen endlich ihre Steuern zahlen und den Staaten damit mehr Geld für Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Infrastruktur, Klimaanpassung etc. zur Verfügung stünde. Das sind doch für Millionen Menschen weltweit die drängendsten Probleme. Genug zu essen zu haben, ein Zuhause, Bildung für die Kinder, Pflege für alle, die sie brauchen, und der Erhalt einer lebenswerten Umwelt, die all dies möglich macht.

Steht das im Zentrum von Davos? Der diesjährige Fokus auf Klima wird neben der Klimabewegung auch von der Finanzindustrie gefordert, die sich nun Sorgen macht, dass sich bisherige Investitionen in Autos, Öl, Kohle etc. auf lange Sicht nicht mehr lohnen, und nun nach neuen rentablen Anlagemöglichkeiten sucht. Ob das dazu führt, dass sich für Milliarden Menschen das Leben verbessert, ist eine ganz andere Frage.

Oxfam kritisiert in seinen Jahresberichten regelmäßig die zunehmende Ungleichheit in der Welt. Selbst in Davos dominiert in diesem Jahr jedoch der Klimawandel die Debatten. Muss sich die „Ungleichheitskrise“ nun hinten anstellen oder wie hängt beides zusammen?

Sowohl die Ungleichheits- als auch die Klimakrise sind beide das Resultat einer Wirtschaftsordnung, in der Profitmaximierung auf Kosten der Natur – und ihres Erhalts – sowie von Menschen – und deren Rechten – betrieben wird. Seit Jahrhunderten werden Bodenschätze und Menschen im globalen Süden ausgebeutet, und die Kosten des immer größeren Ressourcenverbrauchs werden zugleich dorthin ausgelagert.

Im Jahr 2015 hat Oxfam berechnet, dass die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung 50 Prozent der klimaschädlichen Emissionen produzieren. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung trägt dagegen nur 10 Prozent bei. Diese Menschen gehören zumeist zu jenen, die viel stärker von den negativen Folgen betroffen sind, von Stürmen, Dürren und Überschwemmungen, und die weniger Möglichkeiten haben, sich gegen diese zu schützen. Die globale Erwärmung hat sich bereits massiv auf Einkommensunterschiede zwischen den Ländern ausgewirkt. Die Differenz zwischen den Einkommen der reichsten und der ärmsten zehn Prozent der Weltbevölkerung wäre laut einer Studie der Stanford Universität in einer Welt ohne globale Erwärmung um 25 Prozent geringer. Die Erderhitzung heizt auch die Ungleichheitskrise an – und daher ist deren Bekämpfung auch wichtig für den Kampf gegen die Ungleichheit.

Die extreme Armut in der Welt ist in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Die Menschen werden im Durchschnitt älter, wohlhabender und gebildeter. Sind das nicht erfreuliche Entwicklungen?

Die Abnahme der extremen Armut ist natürlich eine Entwicklung, die Oxfam begrüßt, ebenso die Fortschritte im Zugang zu Bildung und zu Gesundheitsversorgung. Stellen Sie sich vor, Sie selbst hätten nach Jahren des Hungers genug zu essen, sie seien die Eltern eines Kindes, das durch die Anstrengung der Staatengemeinschaft zur Schule gehen kann, ihre Eltern lebten länger dank der besseren medizinischen Versorgung. Das ist natürlich gut!

Aber sind wir an einem Punkt, an dem wir uns zufrieden auf die Schulter klopfen können und sagen: gut gemacht, jetzt ruhen wir uns erstmal aus? Nein, das sind wir nicht. Kritikwürdig ist nicht, dass in den letzten Jahren nichts geschehen wäre, sondern dass nicht viel mehr geschehen ist. Noch immer leben circa 730 Millionen

Menschen von weniger als 1,90 US-Dollar am Tag, und die Geschwindigkeit, in der extreme Armut reduziert wurde, hat nach Angaben der Weltbank in den letzten Jahren abgenommen. Zudem leben Millionen Menschen nur knapp über der Armutsgrenze, nur eine Missernte oder eine Krankenhausrechnung von der Armut entfernt. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt von weniger als 5,50 US-Dollar am Tag. Selbst die Weltbank sagt, dass wir das Ziel, extreme Armut innerhalb der nächsten 10 Jahre abzuschaffen, nicht erreichen können, wenn wir die Wohlstandsgewinne nicht gerechter verteilen.

Wir müssen zudem im Blick behalten, dass manche Ziele der Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen eher niedrig angesetzt sind. Trotz des besseren Zugangs zu Schulen entstehen neue Formen der Ungleichheit oder werden vertieft, wenn beispielsweise Kinder in armen Ländern nur die Grundschule abschließen, während hier eine Ausbildung oder ein Studium Standard sind. Das hat Folgen für die individuellen Entwicklungschancen und für die Entwicklung der Gesellschaft. Hinzu kommt, dass die Wohlstandsgewinne in der Vergangenheit eben auch auf Kosten von Mensch und Umwelt gingen. Wir haben viel verloren an Biodiversität, an intakter Natur, an guten Anbauflächen, an sauberen Gewässern und Meeren. Insofern ist die Antwort, „ja wir haben einiges erreicht“, aber das ist kein Grund für ein fröhliches „weiter so!“.

Frauen sind mit am stärksten von wirtschaftlicher Ungleichheit betroffen. Sie arbeiten im Durchschnitt mehr als Männer, verdienen jedoch deutlich weniger. Woran liegt das und warum ist es so schwer, dies zu ändern?

Weltweit verdienen Frauen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer, und sie müssen häufiger prekäre oder schlecht bezahlte Arbeiten verrichten. Frauen sind schlechter sozial abgesichert und haben seltener Anspruch auf eine Rente – fast 65 Prozent aller Menschen, die im Rentenalter keine Bezüge bekommen, sind Frauen. Männer verfügen über 50 Prozent mehr Vermögen als Frauen. Eine wichtige Ursache für diese materielle Benachteiligung ist, dass Frauen drei Viertel der unbezahlten Hausarbeit, Pflege und Fürsorge leisten. Weltweit summiert sich dies auf täglich mehr als zwölf Milliarden Stunden an unbezahlter Arbeit durch Frauen. Frauen arbeiten durchschnittlich pro Tag mehr Stunden als Männer, werden aber für mehr als die Hälfte ihrer Arbeit nicht bezahlt. Diese Zeit fehlt Frauen nicht nur, um ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften, sondern auch als Zeit, in der sie sich beispielsweise politisch einbringen können. Weltweit sind nur circa ein Viertel aller Parlamentsmitglieder Fraue,n und noch seltener sind sie

Ministerinnen oder Staatschefin. Die fehlende politische Repräsentation erschwert es, eine Politik umzusetzen, die helfen würde, den Umfang unbezahlter Hausarbeit, Pflege und Fürsorge durch eine gute öffentliche Betreuungsinfrastruktur abzubauen sowie Pflegende gut abzusichern. Zentrale Maßnahmen, die helfen, Ungleichheit insgesamt und zwischen Männern und Frauen zu reduzieren, sind daher Investitionen in öffentliche Bildungs-, Gesundheits- und Betreuungsangebote, in soziale Sicherheit und die Stärkung von Frauenrechten und -organisationen.



Ellen Ehmke
Berlin

Ellen Ehmke arbeitet für Oxfam Deutschland e.V. als Analystin zum Thema soziale Ungleichheit.

-